

PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
www.bund-niedersachsen.de

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



23. Oktober 2014

Generalanwalt des EuGH setzt Zeichen für besseres Wasserrecht BUND sieht sich in seiner Kritik an der Weservertiefung bestätigt

Im Verfahren um die Weservertiefung hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg heute die Stellungnahme des Generalanwalts veröffentlicht. Mit der Stellungnahme deutet sich an, dass die Vorgehensweise der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bei der Planfeststellung für die Weservertiefung den Ansprüchen des europäischen Wasserrechts nicht genügt. Der BUND forderte die Landesregierungen Bremens und Niedersachsens auf, von den Planungen für die Weservertiefung zurückzutreten.

„Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes hat das Verschlechterungsverbot so lax angewendet, dass es faktisch außer Kraft gesetzt wurde“, sagt Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler, Geschäftsführer des BUND Niedersachsen. Damit steht sie allerdings nicht alleine, denn bei praktisch allen großen Verfahren in Deutschland wird offenbar behördenseitig so vorgegangen. Das dürfte sich nun dem Ende zuneigen. „Wenn der Europäische Gerichtshof demnächst auf der heute vorgezeichneten Linie des Generalanwalts entscheiden sollte, wäre das Verschlechterungsverbot im europäischen Wasserrecht nicht länger ein zahnloser Tiger“, so Bodenstein-Dresler.

Der BUND wartet nun gespannt auf die Entscheidung des EuGH in Sachen Wasserrecht und hofft auf einen Schub für den Gewässerschutz in ganz Europa. Ziel ist ein guter ökologischer Zustand der europäischen Oberflächengewässer. Das ist nicht zu erreichen, wenn wie bislang ein großer Eingriff dem nächsten folgt und Verbesserungen allenfalls halbherzig auf den Weg gebracht werden. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung muss dem Gewässerschutz zukünftig wesentlich größere Beachtung schenken.

„Die Flussvertiefungen an Weser und Elbe mit ihren weitreichenden negativen Folgen für die Flussmündungen gehören nun endgültig auf den Prüfstand“, sagt Bodenstein-Dresler. „Die Zeit ist gekommen, dass Schiffe sich an die Flüsse anpassen – nicht umgekehrt.“ Dann könne auch der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven endlich seine Bedeutung unter dem Schirm der Seaports of Germany gewinnen, gemeinsam mit den Containerhäfen in Bremerhaven und Hamburg.

Rückfragen zum Thema an:

Martin Rode, Geschäftsführer des BUND Bremen, (0152) 27783448

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler, Geschäftsführer des BUND Niedersachsen,
(0171) 6420202

Pressekontakt:

Thomas Mura

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

BUND Landesverband Niedersachsen

Tel. (0511) 965 69-31

E-Mail: thomas.mura@nds.bund.net

Internet: www.bund-niedersachsen.de

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) ist bundesweit mit mehr als 500.000 Mitgliedern, Spendern und Förderern der größte Umweltverband Deutschlands. In Niedersachsen zählt der Verein rund 30.000 Mitglieder und Förderer. Der Verein ist vom Staat als Umwelt-/Naturschutzverband anerkannt. Der BUND versteht sich als die treibende gesellschaftliche Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Vision: ein zukunftsfähiges Land in einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt.